

Finanzmarktsteuer: Minister machen Druck

mas. BERLIN, 8. Februar. Deutschland und Frankreich dringen in einem Brief mit sieben weiteren Ländern auf eine rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU. Um ein schnelles Ergebnis über das politisch und wirtschaftlich sensible Thema zu erreichen, hoffe man auf zügige Behandlungen, heißt es in dem Brief, den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und acht Kollegen unterschrieben haben. Die neun Länder fordern die dänische EU-Ratspräsidentschaft auf, einen entsprechenden Entwurf bereits im ersten Halbjahr 2012 zur ersten Lesung einzubringen. Ziel ist es, bis Ende März Klarheit zu erhalten, ob eine Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU durchsetzbar ist. Neben Frankreich und Deutschland haben Österreich, Belgien, Spanien, Finnland, Griechenland, Portugal und Italien den Brief unterzeichnet. Großbritannien und Schweden haben sich schon gegen eine solche Steuer ausgesprochen. Frankreich hat angekündigt, eine solche Steuer notfalls allein einführen zu wollen. Die EU-Kommission hofft weiterhin auf die „große Lösung“ mit 27 EU-Staaten. „Die Steuer wäre wirtschaftlich zu ertragen, technisch einfach und politisch gerecht“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier. „Neun sind besser als zwei oder drei, aber noch nicht 27“, sagte er. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, eine Finanztransaktionssteuer von 2014 an zu erheben.